

Wie Israels Gesetz über das Eigentum von Abwesenden die Palästinenser von ihren Häusern fernhält

Mustafa Abu Sneh, middleeasteye.net, 21.01.22

Ein drakonisches Gesetz gilt nur für Palästinenser:innen und ist seit mehr als einem halben Jahrhundert eine beständige Politik Israels, sagen Rechtsexperten gegenüber MEE.

Mit mehr als einem Dutzend Seiten und 39 Artikeln ist das Gesetz über das Eigentum von Abwesenden einer der Gründungstexte Israels. Es verleiht dem Staat die Befugnis, palästinensisches Eigentum und Vermögen, das 1948 zurückgelassen werden musste, zu konfiszieren und zu beschlagnahmen.

„Das Gesetz gibt jedem jüdischen Menschen im Prinzip das Recht, Eigentum zu beanspruchen, unabhängig davon, ob er den Besitz nachweisen kann oder nicht. Aber eine palästinensische Familie, die 1948 aus ihrem Dorf vertrieben wurde, hat kein Recht, ihr Eigentum nach einem solchen Gesetz zurückzufordern“

Suhad Bishara, juristischer Leiter des *Adalah*-Zentrums

Das Gesetz, das nur für Palästinenser:innen gilt, ist drakonisch und wurde von zahlreichen israelischen Regierungen im Laufe der Jahre beibehalten, so Rechtsexperten gegenüber *Middle East Eye*.

In dieser Woche zog Israel das Gesetz heran, um die Räumung der Familie Salhiya und den Abriss ihres Hauses im besetzten Ostjerusalem Stadtteil Sheikh Jarrah zu rechtfertigen.

Das Gesetz über das Eigentum von Abwesenden benachteiligt Palästinenser:innen von vorneherein, indem es sie als „Abwesende“ abstempelt, selbst wenn sie sich im Land aufhalten oder die israelische Staatsbürgerschaft besitzen.

Das Gesetz wurde im März 1950 von der Regierung des ersten israelischen Premierministers David Ben-Gurion erlassen.

Die israelische Führung musste sich mit riesigen Landstrichen und Tausenden von Grundstücken in mehr als 500 Städten befassen, deren palästinensische Bevölkerung während der Nakba (Katastrophe) 1948 und der Gründung Israels von zionistischen Milizen vertrieben worden war.

Sie musste sich auch um die Vermögenswerte kümmern – darunter Bargeld, Aktien, Möbel, Bücher, Firmen, Banken und anderes bewegliches Vermögen – zurückgelassen von fast 800.000 Palästinenser:innen, die geflohen und in Flüchtlingslagern in Jordanien, Syrien, Libanon und im Irak gelandet waren.

Diese Grundstücke und Immobilien liegen im heutigen Israel. Ihre ursprünglichen Eigentümer sind in erster Linie Flüchtlinge, einige sind aber auch Binnenvertriebene und leben in Israel.

„Nach dem Gesetz gelten ein Palästinenser aus Galiläa, der in Syrien zum Flüchtling wurde, und ein palästinensischer Bürger Israels, der 1948 seine Stadt Tiberias verließ und in Nazareth Zuflucht suchte, beide als ‚Abwesende‘“, erklärte Suhad Bishara, die juristische Leiterin des *Adalah*-Zentrums, gegenüber *MEE*.

Beide hatten nicht das Recht, ihr Eigentum von Israel zurückzufordern, da sie zwischen November 1947 und dem Inkrafttreten des Gesetzes abwesend waren.

„(Technisch gesehen) ist der Palästinenser in Nazareth kein ‚Abwesender‘, da er weiterhin in dem Gebiet lebte, das 1948 zu Israel wurde“, sagte Bishara, „aber das Gesetz betrachtet ihn trotzdem als ‚Abwesenden‘.“

Nach dem Krieg von 1948 lebten 160.000 palästinensische Bürger:innen in Israel, von denen nach Angaben der Vereinten Nationen 30 Prozent intern vertrieben wurden. Heute beläuft sich die palästinensische Bevölkerung in Israel auf 1.800.000 und macht 20 Prozent der Bevölkerung des Landes aus. Jede/r vierte Palästinenser:in in Israel lebt heute nicht weit entfernt von dem Land und den Besitztümern, aus denen seine/ihre Familie 1948 vertrieben wurde.

Seit 1998 hält die palästinensische Gemeinschaft innerhalb Israels jedes Jahr eine Zeremonie ab, um zu einem dieser Dörfer zu ziehen und zu demonstrieren, dass sie immer noch auf dem Land ihrer Vorfahren präsent ist. Das Gesetz über das Eigentum von Abwesenden verweigert dieser Gemeinschaft jedoch nach wie vor das Recht, Anspruch auf dieses Land zu erheben.

„Kontrolle der Plünderungen“

Der Tenor des Gesetzes richtete sich in erster Linie an die neuen Siedler Israels, die aufgefordert wurden, alle palästinensischen Vermögenswerte und Besitztümer, die sie sich angeeignet hatten, der „Vermögensverwaltungsstelle für Abwesende“ zu melden. Bei Nichtbeachtung drohte eine Geldstrafe und in einigen Fällen sogar eine Haftstrafe.

Vor 1950 gab es in Israel mehrere Notstandsgesetze zum Umgang mit diesen Gütern und Vermögenswerten. Doch nach der Verabschiedung der UN-Resolution 194 im Dezember 1948, in der das Recht der Palästinenser:innen auf Rückkehr verankert und eine finanzielle Entschädigung für den Verlust oder die Beschädigung von Eigentum gefordert wurde, sah sich Israel mit der Aufgabe konfrontiert, gegen die massiven Plünderungen durch die neuen Siedler:innen vorzugehen.

„Es war notwendig, den Vorgang der Kontrolle dieser Besitztümer und Vermögenswerte zu organisieren“, so Mohammad Zeidan, der ehemalige Direktor der *Arabischen Vereinigung für Menschenrechte*, gegenüber *MEE*. „Israel warb auf der internationalen Bühne für das Gesetz, indem es sagte, dass es diese Besitztümer schütze und dass es einen Weg gefunden habe, die Plünderungen zu kontrollieren, bis die Flüchtlingsfrage gelöst sei.“

Daher richtete das Finanzministerium eine neue Abteilung mit der Bezeichnung *Custodian of Absentee Properties* (Vermögensverwaltungsstelle für Abwesende) ein, um drei Gesetze umzusetzen: das Gesetz über das Eigentum von Abwesenden (1950), das deutsche Eigentumsgesetz (1950) und das Gesetz über das Eigentum von Abwesenden/Entschädigung (1973). Ihre Inspektoren arbeiten seit Anfang der 1990er Jahre mit dem *Jüdischen Nationalfonds (JNF)* sowie mit Bauträgern und Siedler:innengruppen zusammen.

Flüchtlinge im doppelten Sinne

Häuser und Grundstücke sind nicht die einzigen von Israel beschlagnahmten Vermögenswerte. Zahlreiche Unternehmen in den Küstenstädten Jaffa und Haifa, deren palästinensische Eigentümer:innen zu Flüchtlingen wurden und als abwesend galten, kamen ebenfalls in die Zuständigkeit der Verwaltung.

„Alle palästinensischen Unternehmen im Bereich des Exports von Zitrusfrüchten wurden, nachdem ihre Eigentümer:innen geflohen waren, von Israel kontrolliert und verwaltet. Diese Unternehmen arbeiteten noch einige Jahre lang weiter und machten Gewinne. Die Tabakfirma in Haifa ist ein weiteres Beispiel“, so Zeidan.

Die Familie Salhiya, die in einer kalten und regnerischen Nacht am 19. Januar um drei Uhr morgens aus ihrem Haus in Ostjerusalem geworfen wurde, ist nun schon zweimal vertrieben worden. Sie stammt ursprünglich aus der Stadt Ein Karem in Westjerusalem, die 1948 von israelischen Truppen besetzt wurde.

Die israelische Stadtverwaltung von Jerusalem erklärte, die Salhiyas hätten kein Recht auf das Land, das einst dem Großmufti von Jerusalem, Amin al-Husseini, gehörte und das Israel nach der Eroberung der Stadt im Jahr 1967 unter Anwendung des Gesetzes über das Eigentum von Abwesenden konfisziert hatte.

„Das Gesetz gibt jedem jüdischen Menschen im Prinzip das Recht, Eigentum zu beanspruchen, unabhängig davon, ob er den Besitz nachweisen kann oder nicht. Aber eine palästinensische Familie, die 1948 aus ihrem Dorf vertrieben wurde, hat kein Recht, ihr Eigentum nach einem solchen Gesetz zurückzufordern“, sagte Bishara.

Ein Gesetz zugunsten der Siedler:innen

Einem Bericht der israelischen Menschenrechtsorganisation *Peace Now* aus dem Jahr 2020 zufolge wird das Gesetz in mehreren Schritten umgesetzt, um palästinensische Grundstücke in Ostjerusalem zu enteignen.

„Die Methode funktionierte folgendermaßen: Siedlerbezogene Einrichtungen beauftragten Personen, die erklärten, dass die Eigentümer bestimmter Grundstücke abwesende Grundbesitzer seien“, heißt es in dem Bericht. „Diese eidesstattlichen Erklärungen wurden an die „Vermögensverwaltungsstelle für Abwesende“ weitergeleitet, die ohne weitere Prüfung feststellte, dass es sich tatsächlich um das Vermögen der abwesenden Eigentümer:innen handelte. Danach wurden die Vermögenswerte der Abwesenden an den JNF weitergeleitet, der sie an die Siedler:innen weitergab.“ So erging es der Familie Salhiya und vielen anderen in den Ostjerusalemern Stadtvierteln Silwan, Sheikh Jarrah, Batn al-Hawa und Wadi Hilweh.

In einigen Fällen wurden eidesstattliche Erklärungen für Häuser ausgestellt, in denen bereits Palästinenser:innen lebten, so *Peace Now*. Die Eigentümer:innen mussten dann vor israelischen Gerichten gegen gut finanzierte Siedlergruppen wie *Elad*, *Ateret Cohanim* und *Nahalat Shimon* kämpfen, die das Eigentum an den Häusern beanspruchten, die ihnen vom JNF und der Verwaltung übertragen worden waren. In Haifa, Jaffa und Akka ist das staatliche Immobilienunternehmen *Amidar* für die Beschlagnahmung von rund 4.500 Immobilien zuständig, deren Eigentümer – hauptsächlich palästinensische Bürger Israels – als abwesend gelten.

In Jaffa gibt es 1.200 solcher Haushalte, und 2021 führte ein Versuch, die Kontrolle über einen dieser Haushalte zu übernehmen, zu gewalttätigen Zusammenstößen mit der israelischen Polizei und zu Protesten.

Jede palästinensische Person ist ein „Abwesender“

Wenn man Jude oder Jüdin ist, hat man das Recht, vor 1948 Eigentum zu beanspruchen, wie es die Siedler:innen in der Altstadt von Hebron und in Ostjerusalem taten, und man wird nie als „Abwesender“ betrachtet; wenn man aber Palästinenser:in ist, darf man Familienland oder Haus, das vor 1948 besessen wurde, nicht beanspruchen, weil man ein „Abwesender“ ist.

„Das Gesetz ist allgegenwärtig und betrachtet jeden Palästinenser und jede Palästinenserin als Abwesende in Bezug auf Besitz und Vermögen“, sagte Bishara. „Wenn jemand jetzt nach Syrien oder in den Libanon reist und dort lebt, könnte er oder sie als ‚Abwesender‘ betrachtet werden, da diese Länder im Gesetz als Feind-staaten bezeichnet werden.“

Obwohl das Gesetz einen Zeitrahmen festlegt zwischen November 1947 und März 1950, wann ein Haus- oder Grundstückseigentümer als abwesend gelten kann, haben sich die israelischen Behörden nicht daran gehalten. Seit 1967 wurde das Gesetz in Ostjerusalem, in der Westbank und – vor dem Abzugsplan von 2005 – im Gaza-Streifen angewandt.

Im Jahr 2015 gab der Oberste Gerichtshof Israels grünes Licht für die Anwendung des Gesetzes über das Eigentum von Abwesenden, indem er gegen Palästinenser:innen entschied, die in der Westbank lebten. Sie wurden als ‚Abwesende‘ eingestuft und ihre Grundstücke in Ostjerusalem daher beschlagnahmt.

„Wenn man Jude oder Jüdin ist und Israel verlassen hat, wird man nie ein „Abwesender“ sein, egal wie viele Jahre man im Ausland verbracht hat“, erklärte Zeidan.

„Ist man jedoch Palästinenser:in und hat in einer anderen Stadt desselben Landes Zuflucht gesucht, ist man ein „Abwesender“. Wenn man Jude oder Jüdin ist, hat man das Recht, vor 1948 Eigentum zu beanspruchen, wie es die Siedler:innen in der Altstadt von Hebron und in Ostjerusalem taten, und man wird nie als „Abwesender“ betrachtet; wenn man aber Palästinenser:in ist, darf man Familienland oder Haus, das vor 1948 besessen wurde, nicht beanspruchen, weil man ein „Abwesender“ ist“, fügte er hinzu.

„Das hängt von Ihrer Religion ab. Für einen israelischen Juden oder eine Jüdin ist es eine Win-Win-, für einen Palästinenser oder eine Palästinenserin eine Lose-Lose-Situation.“

Quelle:

<https://www.middleeasteye.net/news/israel-palestinian-absentees-property-law-eviction-homes-explained>

Übersetzung für Pako: A. Riesch – palaestinakomitee-stuttgart.de